

Rede Gerd Will

Plenum 21.01.2016

Bundesfernstraßen: Auftragsverwaltung erhalten – Planung und Finanzierung optimieren

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs. [17/4691](#)
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Drs. 17/4940

Anrede,

der Bund hat ein neues Modell für die Bundesfernstraßenverwaltung vorgelegt. Ziel soll es dabei sein,

- Mehr Effizienz im Verwaltungshandeln insgesamt und insbesondere
- auch mehr Effizienz bei der Umsetzung künftiger Investitionen auf der Grundlage des neuen Bundesverkehrswegeplans zu erreichen.

Das Ziel, dabei unabhängig von konjunkturell bedingt schwankenden Haushaltsvolumina zu einer Verstetigung von Investitionen zu kommen, ist sehr zu begrüßen. Damit wird auch die Projektplanung in Zukunft verlässlicher und an den Ausführungsmöglichkeiten orientiert. Zu begrüßen ist auch das Ziel, durch Bündelung von Kräften im Verwaltungsbereich mehr Effizienz zu entwickeln.

Anrede,

Das niedersächsische Landesamt für Straßenbau und Verkehr mit seinen Straßenmeistereien ist in der Vergangenheit bereits mehrmals reformiert worden, mit dem Ziel, erheblich Personal einzusparen und von einer Durchführungsverwaltung immer mehr in eine Gewährleistungsverwaltung umgewandelt zu werden.

Nicht umsonst bedarf es in jedem Haushaltsjahr erheblicher Anstrengungen, um durch die sogenannten Planungsmittel Ingenieurleistungen auf dem Markt einzukaufen, um dringende Planungen von Sanierungs- und Neubauprojekten zu sichern.

Wir alle haben noch die für Niedersachsen völlig versemelte Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung aus der letzten Legislaturperiode in ungueter Erinnerung. Auch hier hat der Bund zulasten der niedersächsischen Infrastruktur und ihrer Bedeutung erhebliche Einschnitte vorgenommen, sowohl beim Personal, als auch bei den Standorten und bei der Bedeutung der Wasserstraßen in Niedersachsen. Die Umstrukturierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist zulasten des Landes Niedersachsen und seiner verkehrspolitischen Ziele im Bereich der Wasserwege gegangen.

Das darf sich bei der niedersächsischen Straßenbauverwaltung nicht wiederholen.

Wir bitten die Landesregierung sich beim Bund dafür einzusetzen, dass bei der Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft, die wir keineswegs grundsätzlich ablehnen, die bisherigen Strukturen der Auftragsverwaltung des Bundes in den Ländern zu sichern sind.

Gleichzeitig ist bei der Debatte um die Sicherstellung und Fortführung einer funktionierenden Auftragsverwaltung zunächst eine notwendige Analyse ihrer Stärken vorzunehmen und eine sinnvolle Optimierung innerhalb der bestehenden Strukturen sicherzustellen.

Wir wollen allerdings auch sicherstellen, dass die neue Infrastrukturgesellschaft im Besitz der öffentlichen Hand verbleibt.

Anrede,

Eine Übernahme der Auftragsverwaltung in direkte Bundeszuständigkeit lehnen wir ab. Ebenso eine länderübergreifende Neuregelung zur Privatisierung des Fernstraßennetzes des Bundes.

Auch das Netz der Bahn wurde nicht privatisiert und ist sinnvollerweise weiterhin Bundesvermögen.

Schlechte Beispiele aus Lettland und England gibt es dazu genügend.

Anrede,

Niedersachsen verfügt über eine gut funktionierende Auftragsverwaltung für den Bund durch die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr mit über 3000 qualifizierten Fachkräften. Und das soll auch so bleiben.

Alle großen Verkehrsprojekte sind mit hoher Qualität geplant, vorgebracht und umgesetzt worden. Das ist und bleibt für uns der Maßstab. Gleichzeitig kooperiert die Landesbehörde bei der Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes und des Landes mit anderen Behörden, zum Beispiel den Landkreisen.

Diese vertikale Vernetzung erweist sich bei der Aufgabenwahrnehmung als sinnvoll in der Sache und auch kostengünstig. Diese bewährten Strukturen sollen auch in Zukunft bestehen bleiben und dürfen nicht zerschlagen werden.

Das machen auch die bundesweiten kritischen Stellungnahmen aus immer mehr Bundesländern deutlich. Sie gehen auf Distanz zu den Überlegungen, die der Bund in seinem Konzept zur Umstrukturierung der Bundesfernstraßenverwaltung angestellt hat. Der bayrische Landtag hat mit großer Mehrheit dazu bereits Position bezogen. Ein geschlossenes Signal aus Niedersachsen wäre auch unser Wunsch gewesen. Leider konnte sich die Opposition nicht dazu durchringen, unseren Antrag im Ausschuss zu unterstützen. Der gestern von CDU und FDP eingebrachte Änderungsantrag vermischt wieder einmal Dinge, die nichts miteinander zu tun haben. Sie vermengen diese wichtige Strukturdebatte mit Einzelmaßnahmen wie der A 20 und A 39. Es drängt sich daher der Eindruck auf, dass sie dem Kern unserer Botschaft keine ebenso große Bedeutung beimessen wie wir es tun. Man könnte fast meinen, der Änderungsantrag sei reines Kalkül gewesen. Sie bieten faule Kompromisse an, wohl wissend, dass wir sie nicht mittragen, um am Ende einen Grund zu haben, unseren Antrag nicht unterstützen zu müssen.

Wir werden heute Position beziehen und laden Sie dazu ein, unserem Antrag zuzustimmen und auch aus Niedersachsen ein so klares Signal nach Berlin zu senden, wie es andere Länder bereits getan haben.